

Haushaltsrede

**Bürgermeisterin Petra Kalkbrenner,
Gemeinde Swisttal,
anlässlich der
Sitzung des Rates der Gemeinde Swisttal
am 29.04.2025**

Doppelhaushalt 2025/2026

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

die Einbringung des letzten Doppelhaushalts 2023/24 liegt gute zwei Jahre zurück. gefühlt eine Ewigkeit. Doch manche Dinge scheinen sich nicht zu ändern, hatten wir damals mit Blick auf die Zukunft gehofft, das Ende der sich überlagernden multiplen Krisen zu erleben, wütet der brutale Krieg in der Ukraine immer noch, Israel führt nach dem grausam Terroranschlag der Hamas inzwischen auch seit mehr als einem Jahr einen furchtbaren Krieg im Gazastreifen und im Libanon. Der Blick in die USA, inzwischen mit Trump als Präsidenten und dazu noch dem russischen Gegenspieler Putin, lassen uns mit Sorge die weltpolitische und wirtschaftliche Entwicklung sehen. Auch in Deutschland ist die wirtschaftliche Gesamtsituation eingetrübt und trotz Neuwahlen und unmittelbar bevorstehender Regierungsbildung will sich spürbar noch kein Optimismus einstellen. Wir in den Kommunen wissen, für was und für wen wir da sind und arbeiten: Es geht um die Zukunft der Menschen, unserer Bürgerinnen und Bürger, in unserer Gemeinde, in Swisttal. Ja, das ist oft anstrengend, und manchmal mögen wir uns auch vorkommen wie Don Quichote, der immer wieder

gegen Windmühlenflügel anbrennen muss. Aber Swisttal ist eine lebens- und liebenswerte Gemeinde mit einer starken solidarischen Stadtgesellschaft. Die Gemeinde investiert, nicht nur in Straßenkanäle, Gebäude und weitere Infrastruktur, wir investieren auch in Unterstützung der Menschen in Swisttal, in Ehrenamt, in Sport, in Klimaschutz usw..

Swisttal wird in allen Bereichen ertüchtigt und in intensiven Diskussionen in den Ausschüssen und im Rat werden unsere jeweiligen konkreten aktuellen Ziele und Arbeitsfelder demokratisch beschlossen. Unsere vordringliche Aufgabe ist es, wie Jeremia in der Lutherbibel formuliert, "der Stadt Bestes zu suchen" und das tun wir in einem demokratischen Prozess und nur das sichert eine freiheitliche, friedliche und demokratische Zukunft.

Gemeinsam sind wir bereit und krepeln die Ärmel hoch, um erneut an der Startlinie für einen Marathonlauf für einen Haushalt und zwar für den Doppelhaushalt 2025/26 zu starten. Das Besondere für diesen Doppelhaushalt ist, dass wir bereits einen Sprint vorab eingelegt haben. Hierfür bedanke ich mich bei unseren ehrenamtlichen Ratsmitgliedern und meinen Mitarbeitern aus der Verwaltung ganz besonders, denn seit Dezember wird schon für das Zahlenwerk des Doppelhaushalts geschwitzt und vordiskutiert.

Und nun werden wir mit der Einbringung des Haushalts 2025/2026 gemeinsam und das ist das Wichtige, Schritt für Schritt in unserem Haushaltsmarathon vorankommen, wir werden nicht immer allen schnell genug sein, aber unser Blick ist fest auf unsere gemeinsamen Ziele gerichtet. Diese Ziele,

auf die sich demokratisch geeinigt wird, finden sich in unserer Haushaltsplanung und in unseren Investitionsvorhaben dann wieder.

Dass wir den DHH-Entwurf 2025/2026 erst Ende April einbringen und im Mai / Juni 2025 beraten werden, zeigt, wie schwierig es ist, die Wünsche und Ansprüche bei der Entwicklung unserer Gemeinde mit den finanziellen Realitäten, also die Ausgaben und Einnahmen, in Einklang zu bringen.

In mehreren Konsolidierungsrunden haben sich Politik und Verwaltung viel Zeit genommen, um einen Haushaltsvorentwurf zu überarbeiten und Schwerpunkte zu diskutieren.

Diese Konsolidierungsgespräche waren nicht leicht, häufig konfrontativ, aber auch klärend für den nun vorliegenden DHH-Entwurf 2025/2026.

Trotz aller Diskussionen können wir auf unserer untersten Demokratieebene das Finanzierungsdilemma der Kommunen nicht lösen. Die Hilferufe und Alarmsignale der Kommunen zu den beiden Themen

- zu viel Bürokratie
und
- zu geringe Grundfinanzausstattung der Kommunen

muss auf Bundes- und Landesebene konsequent bearbeitet werden, ansonsten wird es keine ehrenamtlichen Ratspolitiker mehr geben, aber auch keine Bürgermeister*innen und keine Mitarbeitenden in den Rathäusern. Und es reicht nicht, endlich das Konnexitätsprinzip bei Aufgabenzuweisungen, also „wer

bestellt bezahlt“, zu beachten, sondern die Bezahlung muss auch passen, also auskömmlich sein.

Zurück zu den Haushaltskonsolidierungsgesprächen, bei denen einige wesentliche Entscheidungen initiiert wurden, darunter

- die Reduzierung des größten Gemeindeprojektes, des Schulzentrums Heimerzheim mit dem Neubau der Gesamt- und der Grundschule Heimerzheim mit einem Investitionsvolumen von ca. 90 Mio. € auf eine modulare Erweiterung des Gesamtschulgebäudes für den nicht gedeckten Flächenbedarf mit einem Investitionsvolumen von 28 Mio. € bei zusätzlich zeitlich versetzter sukzessiver Instandsetzung des Bestandsgebäudes und einer an die aktuellen Schülerentwicklungszahlen angepassten Bedarfssituation bei der Grundschule Heimerzheim
- die Verwehrung des Wunschs der Verwaltung nach einer umfassenden Lösung für die vor Jahren zurückgestellte Rathuserneuerung bzw. Erweiterung mit einem Investitionsvolumen von 14 - 20 Mio. €, ersetzt durch die Reduzierung auf einen durch den Wiederaufbauplan zu refinanzierenden Ansatz von ca. 5 Mio. €

- das intensiv diskutierte Thema über Notwendigkeit und den Umfang der Aufnahme von weiteren Flüchtlingen. Aufgrund des Flutereignisses und der beschädigten Gebäude ergeben sich eine geringere Zuweisung und damit geringere Erfüllungsquote der Gemeinde, so dass nun die Aufnahme in regulärer Weise zur Erfüllung des Königsteiner Schlüssels in 2026 zusätzliche Aufnahmekapazitäten benötigt.

Es wurde im DHH-Entwurf eine kleinere Anlage für 4,5 Mio. € eingeplant für 150 Personen, wobei diese Anlage auch zur Unterbringung während der Sanierungsphase im Gebäude Kölner Straße 105 in Heimerzheim genutzt wird.

- Neben diesen Einsparmaßnahmen sind aufgrund der erheblichen, jährlichen Verluste in den Haushaltsplanjahren auch wesentliche Einnahmensteigerungen notwendig. Die Verwaltung hatte hierfür notwendige Hebesatzerhöhungen bei der Einnahmequelle, der Grundsteuer B, für die Jahre 2025 – 2029 von 800 %-Punkten in 2025 auf 1.290 %-Punkte in 2029 vorgeschlagen, wobei anzunehmen ist, dass selbst diese Erhöhung noch immer nicht zu einem gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich geführt hätte. Im Ergebnis der Konsolidierungsgespräche wurden die

Hebesatzerhöhungen in diesem vorliegenden Entwurf deutlich reduziert und mit nun 800%-Punkten in 2025 auf max. 1090 %-Punkte in 2029 steigen.

In dem Spannungsfeld zwischen Investitionen für Ausgaben (Neubau von zwei Schulen) und dem Verzicht bzw. der Reduzierung von Projekten oder Projektumfang (Neubau nur der zwingend notwendigen Flächen für die Gesamtschule) wird eine verantwortungsbewusste und zeitgleich zukunftsorientierte Haushaltsplanung beherzigt.

Die Konsolidierungsgespräche haben aufgezeigt, dass die Verzichte und Belastungen wie in den aufgeführten Beispielen angeführt, alle in Swisttal treffen werden.

Unsere Haushaltssituation ist trotz der Konsolidierungsmaßnahmen äußerst problematisch und dass, wie oben schon dargestellt, nicht weil schlecht gewirtschaftet wurde oder etwa „auf zu großem Fuß“ gelebt wurde. Es wurde in Swisttal immer sehr sparsam gehaushaltet.

Alle jährlichen Haushaltsfehlbeträge werden in den Haushaltsplanjahren immer zwischen 4,6 Mio. € und 8,4 Mio. € liegen.

Selbst wenn diese Ansätze durch den globalen Minderaufwand, dessen in Ansatz bringen den Kommunen nochmals um 1 % erhöht wurde, um böse gesagt, nicht alle Kommunen in die Haushaltssicherung zu treiben, reduziert werden, also pauschal um gesetzlich mögliche 2% gekürzt werden, verbleiben die Haushaltsfehlbeträge in den Haushaltsplanjahren zwischen 3,3 Mio. € und 7,1 Mio. €.

Was das bedeutet, ist nicht schwer zu erraten. Der Gemeindehaushalt reißt in allen Haushaltsjahren die Schwellenwerte der GO NRW, die Gemeinde müsste ein Haushaltssicherungskonzept mit allen Konsequenzen, auch noch höheren Hebesatzpunkten, aufstellen.

Nun hat der Landesgesetzgeber zuletzt die GO NRW in der Art geändert, dass Verluste bis zu drei Jahre auf zukünftige Haushaltsjahre vorgetragen werden dürfen. Erst dann reduzieren die Jahresfehlbeträge das Eigenkapital. Auch das verbessert die Finanzlage der Kommunen selbstverständlich nicht in echt, sondern verschiebt das finanzielle Probleme.

Bei der Erstellung des DHH-Entwurfs 2025/2026 hat die Verwaltung diese gesetzliche Möglichkeit, die uns als Hilfestellung eingeräumt wird, in allen Haushaltsjahren genutzt. Dadurch verringern sich die Jahresverluste, diese sinken im Verlauf der mittelfristigen Finanzplanung von 2,1 Mio. € auf 1,5 Mio. €.

Grundsätzlich wäre aus Sicht der Verwaltung damit eine Genehmigung des Haushalts unter Auflagen durch die Kommunalaufsicht des Rhein-Sieg-Kreises möglich.

Diese prüft aber die Anwendung der Verlustvortragsmöglichkeit intensiv und hat dabei zwei Grundsätze des Haushaltsrechts besonders im Visier, die

- Aufrechterhaltung der stetigen Aufgabenerfüllung und die
- jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Kommune.

Ich kann Sie, verehrte Ratsmitglieder, daher nur auffordern, im Rahmen der Haushaltsberatungen nur ergebnisverbessernde Entscheidungen zu treffen, da ansonsten sich der nächste Rat noch in diesem Jahr mit der Haushaltssicherung beschäftigen darf. Und ein solches zu erstellendes Haushaltssicherungskonzept mag zwar zeitlich dehnbar sein, aber schmerzlicher und einschränkender wird es trotzdem.

Zu diesen einführenden Worten gehört unbedingt, dass ich an dieser Stelle meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre herausragende Arbeit mit permanent hoher Dauerbelastung Danke sage. Unsere Mitarbeitenden waren und sind stets bereit, sich weit über das normale Maß hinaus für die Aufgabenerledigung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.

Doch das ist keine Dauerlösung; gerade aufgrund des Weiteren Aufgabenzuwachses:

Hier benenne ich nur kurz einige:

- die Erreichung der Klimaneutralität,
- die Erneuerung bzw. Erweiterung der Schullandschaft
- die verbesserte sächliche Aufstellung im Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz,
- die Gemeindeentwicklung (Stichwort: ISEK)
- den sozialen Bereich mit z. B. Wohngeld plus
- die Digitalisierung der Schulen und Verwaltung (u.a. mit dem Onlinezugangsgesetz – OZG),
- die Flüchtlingsunterbringung und Integration,
- den großen Posten Wiederaufbau

Daher war auch dieses Thema in den Konsolidierungsgesprächen ein hartes Ringen, führte letztlich aber zu einem abgewogenen Ergebnis, so dass im Stellenplan des DHH 2025/2026 gegenüber dem fortgeschriebenen Stellenplan 2024 weitere 10 Stellen eingerichtet werden. Dies führt neben den Tarifierhöhungen der vergangenen zwei Jahre und den jetzt prognostizierten 3%igen Erhöhungen insgesamt zu einer Steigerung der Personalkosten mit diesen 10 Stellen i.H.v. ca. 1,6 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz 2024.

Wenn auch derzeit durch die Krisen die Welt weiter in Atem gehalten wird, gilt es dennoch existenzgefährdende Entwicklungen wie die Klimaveränderungen nicht aus dem Blick zu verlieren.

Durch den Ratsbeschluss vom 21.06.2022 strebt die Gemeinde an bis 2030 die Treibhausgasemissionen um mindestens 65 %, bis 2035 um mindestens 80 % zu senken und bis spätestens 2045 das Ziel Klimaneutralität zu erreichen.

Klimaneutralität ist damit systematisch als A-Leitziel neben der Haushaltskonsolidierung weiterhin für den gesamten DHH 2025/2026 ein zu berücksichtigender Maßstab. Er zieht sich durch alle Maßnahmen und Projekte.

Ihnen, den Mitgliedern des Rates, lege ich heute den **Entwurf des Doppelhaushalts 2025/26** vor.

Der Haushalt – Sie wissen es - ist für eine Kommune das Kursbuch, das Handlungsprogramm, der Leitfaden für die kommenden Jahre. Hier legen wir fest, wohin es gehen soll. Insofern ist der Haushaltsentwurf und die darauffolgende Beratung und der finale Beschluss für den Rat der Gemeinde, wie auch für die gesamte Verwaltung, ein, ich darf sagen, ein

ganz herausragend wichtiger und spannender Prozess und bei diesem Haushalt eine ordentliche Marathonstrecke.

Ein Prozess, bei dem wir um die richtigen Prioritäten ringen, wo politische Kräfte aufeinanderstoßen und wirken und bei dem am Ende viele dem Ganzen zustimmen können.

Den Haushalt stelle ich dieses Jahr unter die Überschrift:

Haushalt 2025/2026: „Die Quadratur des Kreises“

Diese Metapher zeigt, wie die eigentlich unlösbare Aufgabe einerseits, die bereits oben dargestellte schwierige Haushaltssituation und andererseits die bei einer Haushaltsgenehmigung weiterhin gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde durch den Haushalt erreicht werden.

Dieser Doppelhaushalt soll trotz der Haushaltssituation den Modernisierungsschub für die Gemeinde sowie auch den umfangreichen Wiederaufbau der durch die Unwetterkatastrophe 2021 zerstörten gemeindlichen Infrastruktur weiterhin ermöglichen. Und dieser Wiederaufbau und die Modernisierung der Gemeinde soll weiterhin unter der strategischen Neuausrichtung der Klimaneutralität, so wie es der Rat beschlossen hat, verwirklicht werden. Dies wird im Slogan der Gemeinde unter den A-Zielen zum Ausdruck gebracht.

Unser Gesamthaushalt

So umfasst der Haushaltsplan im Ergebnisplan Aufwendungen von 69,6 Mio. Euro in 2025 und 63,8 Mio. Euro in 2026.

Dem stehen Erträge in 2025 i.H.v. 63,5 Mio. € und in 2026 von 59,2 Mio. € gegenüber.

Im Ergebnis bedeutet dies Fehlbedarfe in 2025 von 2,2 Mio. € und in 2026 von 2,0 Mio. €, nach Abzug von globalem Minderaufwand und Verlustvorträgen.

Im Finanzplan sind Investitionen i.H.v. 29,3 Mio. € in 2025 und 38,1 Mio. € in 2026 geplant. Diesen investiven Auszahlungen stehen investive Einzahlungen i.H.v. 13,7 Mio. € in 2025 und 15,7 Mio. € in 2026 entgegen.

In den letzten Jahren waren die Haushaltsplanungen geprägt von der Coronakrise und der noch andauernden Ukraine Krise. Bei der Haushaltsaufstellung durften Haushaltsbelastungen herausgerechnet, isoliert werden. Das half damals bei der Haushaltsaufstellung, ist nun aber nicht mehr möglich. Das Ergebnis dieser „Isolierung“ ist ein Betrag i. H. v. 5 Mio. €, den wir nun im DHH-Entwurf 2025/2026 beginnend im Jahr 2026 über 50 Jahre mit jährlich 100 T€ auflösen wollen. Grundsätzlich kann man diesen Betrag auch ganz oder teilweise mit dem Eigenkapital verrechnen, aber das würde die Haushaltsgenehmigung nur noch mehr erschweren. Aber diese Entscheidung hat der Rat noch zu treffen.

Unsere Investitionen in die Zukunft:

Ich gehe hier auf die Schwerpunkte im Haushalt ein.

Hierin spiegelt sich die klare Ausrichtung unserer gemeinsamen Überlegungen, Ziele und Beschlüsse der vergangenen Jahre wieder, um wie eingangs benannt, der Gemeinde Bestes zu suchen und diese gemeinsam gewählten Ziele werden auch noch ergänzt um die Vielzahl der investiven Maßnahmen des Wiederaufbauplans.

Die „normalen“ Schwerpunkte, die wir bereits seit dem letzten DDH gemeinsam verfolgen, liegen in der Entwicklung des Bildungsangebots in unserer Swisttaler Schullandschaft und in der Gestaltung der Ortskerne, als lebendige Zentren der Begegnung und Versorgung.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren die organisatorischen und teilweise auch schon planerischen Voraussetzungen für unsere Schulen geschaffen haben, z. B. die Gründung der Gesamtschule, den Neubau der Grundschule Odendorf mit integriertem Dorfsaal, erfolgt nun sukzessive die Umsetzung dieser Bauprojekte.

Auf die Gesamtschule bin ich bereits oben eingegangen. Der Rat hat sich hier aufgrund der Haushaltssituation schweren Herzens entschlossen, auf den Neubau eines Schulzentrums zu verzichten. Er hat entschieden, dass trotzdem die Oberstufe in der Gesamtschule eingerichtet wird, dies durch einen

Erweiterungsbau. Auch diese reduzierte Schulerneuerung soll für die aktuellen Anforderungen an ein zeitgemäßes Lernumfelds und in energetisch-klimatischer Hinsicht bieten.

So investieren wir alleine in die modulare Ergänzungsbau-situation für die Gesamtschule 28 Mio. €.

Dies ist gut investiertes Geld, denn mit der Gesamtschule hat Swisttal eine moderne, zukunftsfähige Schulform, die unseren Schülerinnen und Schülern erstmals die Möglichkeit gibt, ihre Schullaufbahn von der Grundschule bis zur Oberstufe mit der Chance des Erwerbs des Abiturs in der Gemeinde Swisttal zu durchlaufen.

Im Ortsteil Odendorf setzen wir etwas vollkommen Neues mit Signalwirkung um: die Kombination von Grundschule und Dorfsaal multifunktional an einem Standort. Damit verbinden wir die Notwendigkeit eines neuen Dorfsaals mit der ebenfalls notwendigen Erweiterung der Grundschule.

Mit diesem Projekt für Odendorf mit der Ersatzcontainerschule, in das die Gemeinde 31,5 Mio. € investieren wird, wovon 2,7 Mio. € für den Dorfsaal als Förderung und weitere 1,9 Mio. € aus dem Wiederaufbau erwartet werden, wird nicht nur die Schullandschaft weiterentwickelt, sondern auch aktiv an der Gestaltung des Odendorfer Ortskerns gearbeitet.

Für die Grundschule Odendorf wurde bereits in 2024 die Containerersatzschule errichtet und in Betrieb genommen, dieses Jahr soll der Abriss des Bestandsgebäudes erfolgen.

In der Grundschule Buschhoven soll der Ausbau der OGTS forciert werden. Hier werden für ein grünes Klassenzimmer, für Erweiterung und Ausstattung 0,5 Mio. € bereitgestellt, welche vom Land NRW mit 0,4 Mio. € gefördert werden.

Und damit bin ich auch schon bei einem weiteren Schwerpunkt, der Ortskernentwicklung.

Mit dem „Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept“ für Swisttal, bekannt unter dem Kürzel ISEK, hat die Verwaltung mit Ihnen, verehrte Ratsmitglieder und mit den Bürgern der Gemeinde Swisttal, ein Maßnahmenprogramm erstellt, das zu einer nachhaltig gestalteten verbesserten Lebensqualität vor Ort führen soll. Leider wurde auch dessen Sanierungsplanung

durch das Flutereignis zurückgeworfen. Wichtig ist es die Orte für alle Generationen attraktiv und lebendig zu erhalten und dafür gilt es gute Rahmenbedingungen zu schaffen oder aber auch bereits gute vorhandene Bedingungen zu stärken.

Hierfür investiert die Gemeinde, unter dem Vorbehalt, dass Fördermittel des Landes i. H. v. 4 Mio. € fließen, 11 Mio. €.

Die hier von mir angeführten Zahlen beziehen sich auf den Planungszeitraum dieses DHH, also insgesamt bis 2029. Die ISEK-Maßnahmen werden aber über diesen Zeitraum hinausgehen.

Welche Gestaltungsmöglichkeiten sich hier ergeben, zeigt beispielhaft der Erwerb des Dietkirchenhofs im Buschhovener Zentrum, den wir zu einem Begegnungszentrum ausbauen wollen. Hierbei sind die förderfähigen Investitionen voraussichtlich zu 70 % zuwendungsfähig.

Zur Steigerung der Attraktivität und Lebensqualität in unseren Ortschaften gehört auch die Verbesserung des Freizeitwertes, wozu Spiel- und Sportmöglichkeiten generationenübergreifend gehören.

Mit dem Gemeindefortsverband wurden in Buschhoven und Heimerzheim bereits Fitness-Outdoor-Parcours (FOP) aufgebaut. Nach der Fertigstellung des Spielplatzes 2024 wird es in Odendorf einen weiteren FOP geben. Ebenfalls ist in Odendorf ein neues Bolzplatzareal sowie ein Jugendtreff für Kinder und Jugendliche geplant. Auf der ehemaligen Freizeit- und Bolzplatzfläche zwischen Essig und Ludendorf ist ein Mehrgenerationenplatz geplant. Diese Maßnahmen inkl. des Ausstattungskonzeptes für Spielplätze werden Investitionen i.H.v. 1,2 Mio. € bedeuten und werden mit 0,5 Mio. € vom Land finanziert. Mit einer erheblichen Spendengeldsumme wird zudem die Erneuerung des Spielplatzes Peter-Esser-Platz in Heimerzheim derzeit umgesetzt und finanziert.

Im Rahmen der Investitionen im Sportbereich dürfen auch weitere Großprojekte nicht unbenannt bleiben:
Die aus Fördermitteln finanzierte Fertigstellung der Laufbahn mit Nebenprojekten am Sportplatz in Heimerzheim, die ursprünglich zu 100 % geförderte inklusive Sanierung des Schwimmbades für über 6 Mio. €, die läuft und die über den Wiederaufbau finanzierte Interimssporthalle in Odendorf und der Sportcampus als Zukunftsprojekt aus dem Wiederaufbau.

Der dritte Schwerpunkt ist nach wie vor der Wiederaufbau der gemeindlichen Infrastruktur. Ich habe in den letzten Jahren diesen Wiederaufbau entgegen allen Beschwerden vorangetrieben und werde es auch weiterhin in meiner verbleibenden Amtszeit tun. Ich hätte auch gerne die Fertigstellung der inzwischen weit mehr als 100 Maßnahmen im aktiven Dienst erlebt, das obliegt nun meinem Nachfolger. Der WAP ist auch in diesem neuen DHH-Entwurf ein „Haushalt im Haushalt“. Der bereits genehmigte Wiederaufbauplan mit seinem Volumen von 74 Mio. € wird nun durch einen ergänzenden Antrag um weitere 30 Mio. € ergänzt. Trotz der knappen Mittel und neuer Herausforderungen beim Land bin ich guter Dinge, dass diese Bewilligung auch erfolgen wird.

Neben den genannten Schwerpunkten der schulischen Entwicklung, den städtebaulichen Projekten und dem Wiederaufbauplan, die sich zum Teil über mehrere Jahre erstrecken werden, bleibt die Gemeinde selbstverständlich auch in anderen Bereichen aktiv.

Ich möchte exemplarisch noch einige Bereiche aufführen, wo in den beiden Haushaltsjahren 2025 und 2026 umfangreichere Investitionen getätigt werden sollen.

Investitionen in den Brandschutz

Die Wichtigkeit der Feuerwehr ist uns durch die Unwetterkatastrophe in 2021 mehr als deutlich vor Augen geführt worden.

Durch deutlich steigende Ausgaben für den Feuerwehrbereich wird der Bedeutung des Erhalts einer freiwilligen Feuerwehr und auch der steigenden Anzahl von Einsätzen Rechnung getragen.

Es ist uns eine Verpflichtung, die Standorte und Ausstattung unserer tatkräftigen ehrenamtlichen Feuerwehr auf dem Stand der Zeit zu halten. Dieser Verpflichtung trägt auch der neu fortgeschriebene Brandschutzbedarfsplan Rechnung.

Für die Feuerwehr sind in 2025 Investitionsmittel von 2,8 Mio. €, in 2026 7,3 Mio. € vorgesehen.

Darin enthalten sind vor allem der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Buschhoven am neuen Standort Am Fienacker mit insgesamt 4,5 Mio. €, der Ersatzbau des unwettergeschädigten FWGH in Heimerzheim mit 7,2 Mio. € sowie diverse Baumaßnahmen aus dem Brandschutzbedarfsplan wie Fahrzeuganbauten und Umkleideraumanbauten.

Für neue Feuerwehrfahrzeuge werden in 2025 2,1 Mio. € und in 2026 1,3 Mio. € zur Verfügung stehen.

Querschnittsaufgabe: Nachhaltigkeit und Klima

Durch den Beschluss des Rates, dass die Gemeinde Swisttal bis 2030 die Treibhausgasemissionen um mindestens 65 %, bis 2035 um mindestens 80 % senken und bis spätestens 2045 das Ziel Klimaneutralität erreichen soll, sind alle Maßnahmen der Gemeinde unter diesem Aspekt umzusetzen.

Es handelt sich dabei um eine Querschnittsaufgabe, die alle Produkte des Gemeindehaushalts betrifft. Nachfolgend ein Ausschnitt daraus.

Zum Thema nachhaltiger Umweltschutz werden in 2025 5,1 Mio. €, in 2026 1,4 Mio. € in die Abwasseranlagen der Gemeinde investiert.

Ein uns sehr wichtiges Thema ist der Ausbau des Hochwasserschutzes mit Investitionen i.H.v. 0,5 Mio. € in 2025 und 1,5 Mio. € in 2026. Diese Maßnahmen werden zeitverzögert vom Land NRW mit 50% gefördert.

Für Maßnahmen aus der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie zur Verbesserung im Wasser und Wasserbaubereich ist im Jahr 2025 der Betrag von 0,5 Mio. € und in 2026 von 0,3 Mio. € vorgesehen, wobei hier die Fördermittel in 2026 0,3 Mio. € betragen.

In diversen Gemeindegebäuden (Schulen, Rathaus) werden hydraulische Abgleiche zur Optimierung der Heizungsanlagen durchgeführt (0,3 Mio. €).

Für die Konzepterstellung „Kommunale Wärmeplanung“ stehen in 2025 und 2026 jeweils 38 T€ bereit, für die Wärmenetzplanungen jeweils 10 T€ und für Maßnahme nach dem Klimaneutralitätskonzept in 2025 40 T€ und 2026 30 T€ bereit. Auch diese Maßnahmen werden teilweise gefördert.

In diesem Zusammenhang ist auch das LEADER-Projekt „Voreifel- Die Bäche der Swist“ zu nennen, an dem sich die Gemeinde mit anderen Kommunen beteiligt.

Für den interkommunalen Klimaschutzmanager ist im Produkt Umweltschutz jährlich jeweils der Betrag von 14.000 Euro eingeplant.

Zum Thema Klimaschutz gehören auch die Themen aus dem Mobilitätsbereich, so die insgesamt optimierte Situation im ÖPNV-Bereich durch die Linien des Landhüpfers und die

zusätzlichen frühen und abendlichen Fahrten auch am Wochenende. Hierfür ist die Summe des ÖPNV mit insgesamt 1,3 Mio. € in 2025 und 1,4 Mio. € in 2026 veranschlagt.

Im Rahmen des gemeindlichen Radverkehrskonzeptes werden Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 1 Mio. Euro umgesetzt (Netz- und Routenschlüsse). Diese Maßnahmen werden zu 100 % aus den Fördermitteln Nahmobilität (FöRiNah) refinanziert.

Verehrte Ratsmitglieder,

die Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten hilft uns hoffentlich auch im DHH 25/26 bei der Haushaltsgenehmigung. Waren es in den letzten Jahren die Bestimmungen zur Herausrechnung der Belastungen aus der Coronapandemie und der Ukraine Krise, so könnte uns nun die neue Regelung zum Verlustvortrag helfen.

Ehrlicherweise muss gesagt werden, dass das jedoch bestenfalls ein Aufschub unserer Finanzmisere ist. Diese lässt sich dauerhaft nur durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite lösen und eine grundsätzlich verbesserte hohe Ausfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land. Die Erhöhung der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer im DHH 2025/2026 ist unausweichlich, wenn auch jetzt moderater als ursprünglich geplant und eigentlich notwendig. Ich setzte daher große Hoffnung auf das Sondervermögen des Bundes, um hier die Swisttaler Bürger und Bürgerinnen nicht noch mehr zu belasten.

Ich wiederhole in diese Haushaltsrede auch meinen zweigeteilten Appell an die übergeordnete Politikebenen und politischen Vertreter aus der letzten Haushaltsrede:

1. Stattet die Kommunen als Basis unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates mit ausreichend Finanzmitteln aus; zu jeder unserer Aufgaben und neuen Aufgabenzuwächsen bedarf es der entsprechend soliden und auskömmlichen Finanzausstattung.

Grundsteuerbeträge, die stetig steigen, um die anstehenden Aufgaben zu erledigen – das darf nicht die Lösung sein.

2. Ohne Fördermittel würde es schon nicht mehr funktionieren. Daher werden, seitdem ich Bürgermeisterin bin, alle Fördermöglichkeiten genutzt und ich bin für uns in Swisttal sehr dankbar für die Summe an Fördermitteln, die wir erhalten. Ohne diese Fördermittel könnten wir viele wichtige Projekte, die ich bereits benannt habe, nicht mehr realisieren. Jetzt kommt das große „ABER“. Das Einwerben von Fördermitteln ist mit einem sehr hohen personellen und auch zeitlichen Aufwand verbunden. Viele Kommunen benötigen einen Fördermittelmanager, um sich in Dschungel der Fördermittelprogramme zurechtzufinden, und um kein gut zutreffendes Programm zu verpassen.

Der zweite Teil meines Appells bedeutet daher, Förderprogramme einzudampfen und die erwünschte

Grundfinanzausstattung für alle Aufgaben der Kommune vorzusehen, um die begrenzten personellen Ressourcen effektiver einsetzen zu können.

Nach diesem Appell, der sicher auch im Sinne vieler Kommunen und der kommunal verantwortlichen Finanzleute war, danke ich am Schluss meiner Ausführungen meiner gesamten Verwaltung, und insbesondere dem Finanzbereich, Kämmerer Herrn Weingartz und ganz explizit Herrn Breuer und Frau Siewert, die auf der Grundlage der Meldungen der Fachbereiche mit diesem DHH-Haushaltsentwurf 2025/2026 ein **höchst anspruchsvolles Investitions- und Maßnahmenpaket zum Wohle der Weiterentwicklung der Gemeinde Swisttal** entworfen haben mit den klaren Schwerpunkten Wiederaufbau, Bildung, Attraktivierung der Ortskerne und alles unter dem neuen A-Leitziel Klimaneutralität.

Tatsächlich ist im vorgelegten Haushaltsentwurf für weitere Wünsche und Projekte kein Spielraum - weder finanziell noch personell - mehr. Wir benötigen eigentlich höhere Einnahmen und geringere Ausgaben. Seien Sie hier kreativ!

Ich wünsche Ihnen bei den Haushaltsberatungen das Augenmaß, um die Entwicklung der Gemeinde und Haushaltsverträglichkeit zum Wohle unserer Bürgerinnen und

Bürger – zum Besten unserer Gemeinde - in Einklang zu bringen.

Ich danke Ihnen als ehrenamtlich aktive Politikerinnen und Politiker für Ihren Einsatz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.